

Ausschuss für Inneres und Sport

(107. - öffentliche - Sitzung am 1. Dezember 2016)

Beratungsthemen:

1. Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung

Der Ausschuss bat die Landesregierung auf Antrag der FDP-Fraktion um eine mündliche Unterrichtung über die Ergebnisse des Modellversuchs zum Einsatz von Tablets bei der Polizei und über die Planungen zur zukünftigen Ausstattung der Polizistinnen und Polizisten mit „mobile devices“.

Ferner bat er die Landesregierung auf Antrag der CDU-Fraktion um eine Unterrichtung im Hinblick auf das Musikvideo „Amo Police“ von Aseef & Bestie.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes und der Allgemeinen Gebührenordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6348](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen einstimmig, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 7 anzunehmen. Die Berichterstattung übernahm Abg. Jan-Christoph Oetjen (FDP).

3. Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts sowie zur Änderung anderer dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3512](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion dem Votum des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung der Vorlagen 24 einschließlich der Änderungen, die sich aus dem Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen in Vorlage 25 ergeben, anzunehmen.

4. Radikalenerlass - ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens - endlich Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der von Berufsverboten betroffenen Personen einrichten

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1491](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen in Vorlage 4 zuzüglich sprachlicher Änderungen anzunehmen. Der Ältestenrat wurde gebeten, seine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT zu den organisatorischen Aspekten der Arbeit einer bzw. eines Beauftragten abzugeben. Die Regierungsfaktionen streben an, das Dezemberplenium zu erreichen.

5. Videoüberwachung ist ein wertvolles Instrument für mehr Sicherheit - Die Landesregierung muss es stärker nutzen und bessere rechtliche Voraussetzungen schaffen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6682](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung (zu das MI und das MW betreffenden Bereichen) sowie durch Vertreter der Landesbeauftragten für den Datenschutz entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Richtlinie des MI zur

Öffentlichkeitsarbeit der Polizei

Der Ausschuss setzte diesen Punkt aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab.

7. a) **Unterrichtung durch die Landesregierung zur Durchsuchung des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim am 27. Juli 2016**
- b) **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Fall einer voll verschleierten Schülerin an einer Oberschule in Belm**

Der Ausschuss setzte die beiden Punkte aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab und kam überein, sie für einen vertraulichen Sitzungsabschnitt am 8. Dezember 2016 vorzusehen.

8. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss erörterte Termin- und Verfahrensfragen, u. a. zu einer parlamentarischen Informationsreise nach Brüssel.